



Hans-Jürgen Urban
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

„Nur jeder zweite Beschäftigte wird bis zur Rente arbeitsfähig sein“

Berlin, den 18. Februar 2009

Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!

Meine Damen und Herren,

wir möchten Ihnen einige Ergebnisse der repräsentativen Studie des DGB-Index Gute Arbeit vorstellen, die zur Arbeitsfähigkeit bis zur Rente aus unserer Sicht alarmierende Befunde ergibt. Alarmierend auch deshalb, weil wir befürchten, dass die gegenwärtige tiefe Krise zunehmend die gute Arbeit frisst und insbesondere auch in jüngeren Beschäftigtengruppen Unsicherheit und Angst anwachsen.

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Erstens:

Nur jeder zweite Beschäftigte erwartet, unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen seine Tätigkeit bis zum Rentenalter ausüben zu können. Ein Drittel bezweifelt dies ausdrücklich. Zu dieser erschreckenden Feststellung kommt unsere aktuelle Sonderauswertung. (Grafik 1)

Dieses Ergebnis deckt sich mit der Beobachtung vieler Betriebsräte und Vertrauensleute, die eine wachsende Verunsicherung unter den Beschäftigten registrieren. Ein maßgeblicher Grund ist sicherlich der Einbruch von Produktion und Aufträgen. Es droht – zeitversetzt – ein ähnlicher Einbruch bei der Beschäftigung. In dieser Situation trägt die gesetzliche Beschlussfassung zur Rente mit 67 und zum gleichzeitigen Wegfall der gesetzlich geförderten Altersteilzeit erheblich zur Verunsicherung bei.

Sehr bemerkenswert ist, dass auch ein großer Teil der jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – also Beschäftigte, bei denen die meisten Reserven und die größte Zuversicht vermutet werden könnten – unter Bedingungen arbeiten, die sie nicht als alternsgerecht einstufen. (Grafik 2) Mehr als jeder Zweite der unter 25-Jährigen verneint oder bezweifelt die Arbeitsfähigkeit bis zur Rente. Die schlechtesten Zukunftsaussichten haben nach Selbsteinschätzung die Beschäftigten der mittleren Jahrgänge (25 bis 44 Jahre). In diesen Altersgruppen schlagen offenkundig am stärksten die neuen psychischen und physischen Zumutungen in der Arbeitswelt durch. Dies zeigt den dringenden Bedarf an einer alternsgerechten, d.h. sich über das gesamte Arbeitsleben erstreckenden menschengerechten Arbeitsgestaltung.

Zweitens:

Der wichtigste Faktor, der über die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten entscheidet, ist die Qualität ihrer Arbeitsbedingungen. Die Ergebnisse zeigen: Beschäftigte mit Guter Arbeit glauben dreimal häufiger als Beschäftigte mit Schlechter Arbeit, bis zur Rente durchhalten zu können. (Grafik 3) Die Befunde zum DGB-Index Gute Arbeit belegen aber auch: Nur 13 Prozent haben Gute Arbeit, 55 Prozent Mittelmäßige Arbeit und 32 Prozent Schlechte Arbeit. Und zu diesem Sektor der Schlechten Arbeit gehören vor allem die prekär Beschäftigten – also befristet Beschäftigte oder Leiharbeiter mit max. 2000 € Brutto im Monat -, die die Arbeitsfähigkeit bis zur Rente mit 13 Prozentpunkten schlechter einschätzen als nicht-prekär Beschäftigte. (Grafik 1)

Es verwundert sicherlich nicht, dass bei Beschäftigten, die durch körperliche Schwerarbeit belastet sind, die negative Prognose um das 3,6-fache stärker ausfällt. Das sind nicht nur die viel zitierten Dachdecker sondern immer noch sehr viele Berufe in der Metall-, Elektro- und Stahlindustrie.

Aber auch die Dauerbelastung durch Arbeitshetze und Zeitdruck – also durch Belastungen in sehr weiten Bereichen von Büroarbeit, in der IT-Branche usw. – verschlechtert die Prognose der Arbeitsfähigkeit erheblich (nämlich fast um das Doppelte).

Kumulieren solche Belastungen und treffen mit geringen beruflichen Entwicklungschancen zusammen, so steigt der Anteil der negativen Prognosen auf 67 Prozent der Befragten. Fazit: Körperliche Schwerarbeit, psychische Belastungen und geringe berufliche Entwicklungsmöglichkeiten zermürben das Arbeitsvermögen am stärksten.

Daraus folgt: Eine Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten muss umfassend an einer Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen ansetzen – und das schon frühzeitig im Erwerbsleben.

Drittens:

Fast jeder zweite Beschäftigte geht davon aus, von seiner Rente nicht leben zu können. Für einen Großteil der Beschäftigten endet das Arbeitsleben in der Altersarmut – so die Selbsteinschätzung der Befragten. 43 Prozent der Befragten äußern, dass ihre spätere Rente nicht ausreichen wird. Und weitere 42 Prozent sagen, dass sie gerade ausreichen wird. (Grafik 4)

Hierin schlägt sich der Realismus der Beschäftigten nieder: Sie beurteilen zurecht, dass die Rente 67-Entscheidung im Kern ein Renten Kürzungsprogramm darstellt und die Wahrscheinlichkeit bis zum Renteneintrittsalter gesund zu arbeiten für viele Beschäftigte unrealistisch ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

all dies zeigt nicht nur, dass politisch umgesteuert werden muss. Die Ergebnisse belegen einen enormen Handlungsbedarf in mehrfacher Hinsicht:

Erstens: Wir brauchen eine umfassende Initiative zur Humanisierung der Arbeit. Die Zermürbung des Arbeitsvermögens – insbesondere durch zunehmende psychische Belastungen durch die Krise – muss gestoppt werden. Wir fordern die Arbeitgeber auf, mit uns gemeinsam Vorhaben zu alternsgerechter Arbeitsgestaltung und Stärkung der Prävention auf den Weg zu bringen. Die IG Metall hat eine solche Initiative Gute Arbeit gestartet und unter Beweis gestellt, dass Gesundheitsprävention, lernförderliche Arbeitsgestaltung und eine Abkehr von Altersdiskriminierung realistische Ziele sind.

Und wir haben mit dem jährlich erhobenen DGB-Index Gute Arbeit ein profiliertes Instrument, die Entwicklung der Qualität der Arbeitsbedingungen weiterhin zu bewerten und Handlungsbedarfe aufzuzeigen.

Zweitens: Gute Arbeit ist auch unter Krisenbedingungen unverzichtbar. Wir fordern: „Arbeiten bis zum Umfallen“ muss als Motto der Krisenbewältigung geächtet werden. Was die Betriebe heute beim Schutz von Gesundheit und Arbeitsvermögen kurzfristig sparen, wird in Zukunft die Gesellschaft in Form von Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung und Kosten durch psychische Erkrankungen zu zahlen haben. Notwendig ist ein nachhaltigerer Umgang mit der Arbeitskraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nur so können auch eine nachhaltige Unternehmensentwicklung und künftige Innovationsfähigkeit gesichert werden.

Drittens: Mit einer „Initiative für einen neuen Generationenvertrag“ als einem Baustein unserer Kampagne „Gemeinsam für ein Gutes Leben“ will die IG Metall einen Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung befördern, der Altersarmut vermeiden hilft. Zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte um einen solchen neuen Generationenvertrag laden wir ausdrücklich ein. Wir werden hierzu am 5. und 6. Mai d.J. hier in Berlin zu einem Kongress einladen.

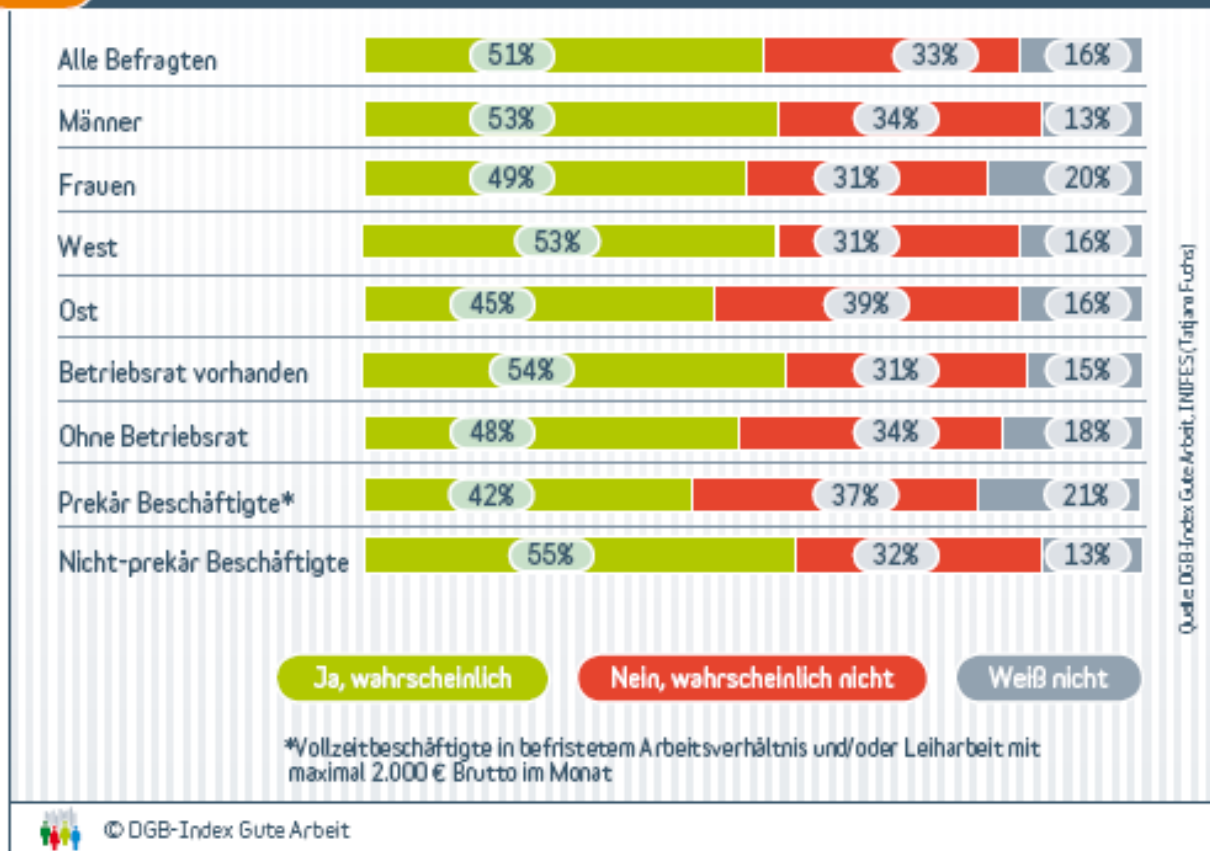
Gerade unter den Bedingungen der Krise und der generationenübergreifenden Verunsicherung geht unsere Forderung an die Politik: Die Rente mit 67 muss weg!

Das immer wieder erhobene Finanzierungsproblem relativiert sich angesichts der Ereignisse der letzten Zeit rapide. Lassen Sie mich dies mit einem zugespitzten Vergleich illustrieren: Die Rücknahme der Rente mit 67 würde ab dem Jahr 2030 Kosten von ca. 5 Mrd. Euro pro Jahr verursachen. Allein mit den in wenigen Wochen der Hypo Real Estate zur Verfügung gestellten 100 Mrd. Euro könnte man 20 Jahre lang den Wegfall der Rente 67 finanzieren.

Es geht in diesem Jahr 2009 um eine neue politische Weichenstellung!

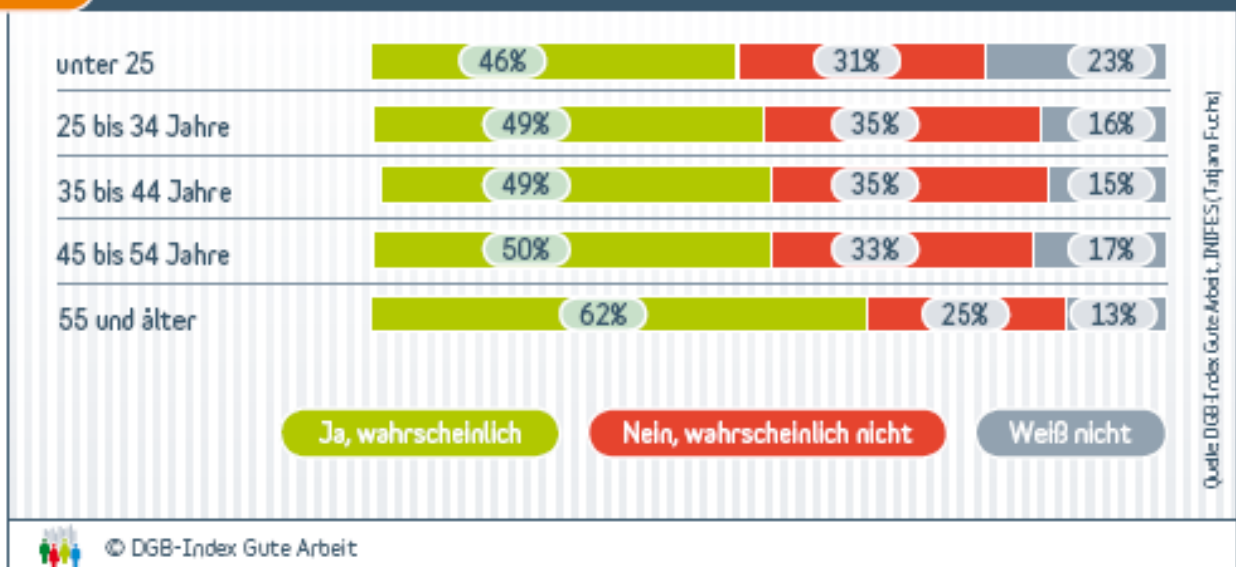
Grafik 1

Abb. 1 Arbeitsfähig bis zur Rente? So werten die Beschäftigten nach Gruppen



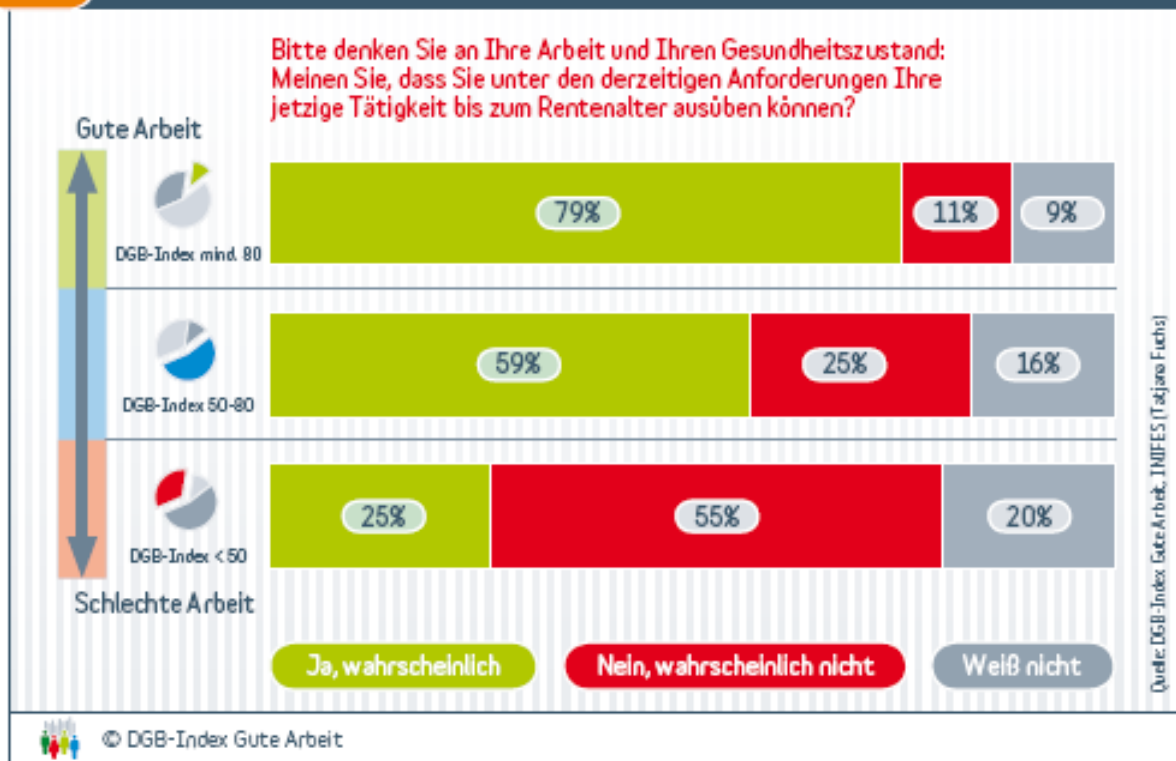
Grafik 2

Abb. 3 So werten die Altersgruppen



Grafik 3

Abb. 2 Derzeitige Arbeitsqualität und Zukunftserwartungen – der Zusammenhang



Grafik 4

Abb. 5 Erwartungen zur Rentenhöhe

